

Wolfgang Ischinger

**Vom Krieg zum Frieden? Möglichkeiten und Grenzen einer Verhandlungslösung im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine**

*Dinner Speech beim Festabend des Vereins zur Förderung von Wissenschaft und Praxis der Mediation e.V. am 18. November 2023*

Sehr geehrte Damen und Herren, bevor ich näher auf das eigentliche Thema meiner heutigen Rede - die Möglichkeiten und Grenzen einer Verhandlungslösung im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – eingehe, möchte ich Ihnen zunächst erläutern, was genau das Spezifische an der Diplomatie ist. Wie zum Beispiel unterscheidet sich die Arbeit eines Diplomaten von der eines Steuerberaters, Investors oder von irgendeinem anderen Beruf?

Das Interessante an der Außenpolitik ist, dass Sie jeden Morgen nach dem Aufstehen nicht wissen, ob die Gegebenheiten, die gestern noch galten, heute früh noch dieselben sind, oder sich über Nacht etwa Vladimir Putin geäußert oder die israelische Regierung etwas unternommen hat, das die Weltlage verändert hat. Aus diesem Grund ist Diplomatie nicht vergleichbar mit den meisten Berufen, bei denen man davon ausgehen kann, dass die heutigen Rahmenbedingungen den gestrigen entsprechen. Das macht Außenpolitik spannend, aber auch schwierig, da man sich immer wieder fragen muss, verstehe ich eigentlich, was sich da über Nacht vollzogen hat, und wie verstehe ich das? Kann ich das Geschehene richtig einordnen?

Da ich hier vor so vielen Mediatoren spreche, möchte ich zu Anfang sagen, dass es eine der zentralen und wichtigsten Fähigkeiten eines guten Diplomaten ist, zuhören zu können. Dies bedeutet hierbei nicht nur zu verstehen, was gesagt wird. Zuhören heißt auch, das zu verstehen, was zwischen den Zeilen gesagt wird. Noch wichtiger jedoch ist es, das zu verstehen, was nicht gesagt wird. Das setzt allerdings gewisse Kenntnisse über den Gegenüber voraus. Warum sagt er etwas nicht? Was sind die Gründe, was treibt ihn an? Die Frage, wie man das Gehörte und Gesehene richtig einordnet, ist ein Werkzeug in der Diplomatie, aber vermutlich auch im Bereich der Psychologie und der Menschenführung, das gleichsam essenziell wie unterschätzt ist.

Es wird in den Medien und in der Zivilgesellschaft immer wieder die Frage geäußert und diskutiert, wann es endlich Verhandlungen über einen Frieden zwischen Russland und der Ukraine gibt. Was sagt die diplomatische Praxis zu der Möglichkeit derartiger Verhandlungen? Meine Damen und Herren, wir haben im letzten Jahr gleich zu Beginn dieses blutigen Angriffskrieges erlebt, dass sich Delegationen der Ukraine und der Russischen Föderation in Istanbul über längere Tage und Wochen zu direkten Verhandlungen getroffen und ausgetauscht haben. Sie haben sogar Vorschläge entwickelt, die dann jedoch liegen geblieben sind, nachdem die Massaker von Butscha und anderen Orten die Nachrichtenspalten füllten.

Direkte Verhandlungen sind folglich eine Methode. Es gibt aber natürlich noch weitere und ich nenne Ihnen vor dem Hintergrund der aktuellen wirklich schlimmen Vorgänge im Nahen Osten ein besonderes Beispiel: Der Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn im Jahr 1973 liegt nun genau 50 Jahre zurück. Dieser Konflikt wurde gemanagt und schlussendlich auch beigelegt durch die berühmte sogenannte Kissingersche Shuttle Diplomacy. Das heißt Kissinger ist damals über Tage hinweg immer wieder zwischen Israel, Ägypten, Syrien usw. hin und her geflogen und ich habe den Eindruck, dass der derzeitige US-amerikanische

Außenminister Antony Blinken gerade versucht, in diesen Spuren zu wandeln. Shuttle Diplomacy ist also eine ebenfalls denkbare Methode.

Darüber hinaus gibt es die sogenannten Proximity Talks, die möglicherweise auch im Bereich der Mediation eine Rolle spielen. In der Außenpolitik kommt diese Methode zum Beispiel zum Einsatz, wenn es zwei Streithähne gibt, die nicht direkt miteinander reden und schon gar nicht an einem Tisch miteinander fotografiert werden wollen. Ich persönlich konnte damit in den 1990er Jahren Erfahrung sammeln als deutscher Unterhändler bei den Versuchen, die damaligen blutigen Konflikte zunächst in Bosnien und dann in Kosovo zu einem Ende zu führen. Dazu möchte ich einige kurze Ausführungen machen:

In den 1990er Jahren gab es den sogenannten Vance-Owen-Plan, bei dem international verabredet worden war, dass der bosnischen Seite 51 Prozent des strittigen Territoriums zugeschlagen würde und der serbischen Seite 49 Prozent. Nun stellten wir via Satellitenaufnahmen im Frühsommer 1990 fest, dass die Serben durch ihre militärischen Erfolge 52 Prozent des Territoriums kontrollierten und die Bosniaken nur 48 Prozent. Mit anderen Worten musste sich Slobodan Milošević, der sich später vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag verantworten musste, die Frage stellen, ob es zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich sinnvoll sei, zu verhandeln. Würde er womöglich Gefahr laufen, am Ende doch mit weniger als 52 Prozent des Territoriums dazustehen? Vor diesem Hintergrund entschied er gegen Verhandlungen. Jedoch kam es kurz darauf unter Mithilfe der CIA dazu, dass das kroatische Militär neue Kraft entwickelte, und mittels einer Offensive die prozentualen territorialen Verhältnisse zum Vorteil der Bosniaken und zum Nachteil der Serben verschob. Plötzlich konnten wir, die internationalen Unterhändler, auf Milošević zugehen und sagen: „Wenn du dich jetzt nicht auf Verhandlungen einlässt, kann es sein, dass du in der übernächsten Woche nur noch 46 Prozent des Territoriums kontrollierst. Ob es dann in den Verhandlungen überhaupt noch gelingt, für dich 49 Prozent zu erzielen, ist fraglich.“

Dies war nun selbstverständlich eine verkürzte Darstellung der Verhältnisse, meine Damen und Herren. Jedoch kann ich Ihnen sagen, dass es auf diese Weise dann im Frühherbst des Jahres 1995 plötzlich doch möglich war, die Streitparteien ernsthaft an den Verhandlungstisch zu bewegen und den Konflikt zu beenden. Aus diesem Vorgang habe ich etwas Wichtiges gelernt: Ich bin davon überzeugt, dass es vieler einzelner Bestandteile und Elemente bedarf, um angesichts des aktuellen Krieges einen Frieden oder zumindest einen Waffenstillstand zu erreichen. Aber die elementarste Voraussetzung hierfür ist, dass in den Köpfen der zentralen Entscheidungsträger in Russland und der Ukraine die Einsicht gereift sein muss, dass der fortgesetzte Einsatz der eigenen militärischen Mittel auf dem Schlachtfeld keine weiteren Vorteile mehr erringen kann. Die Idealvorstellung wäre folglich, dass der Generalstabschef der russischen Streitkräfte Valery Gerasimov mit seinen Generälen bei Vladimir Putin vorspricht. Sie würden ihn davon überzeugen, dass zwar noch weitere 200.000 Mann mobilisiert werden könnten, hierdurch aber allenfalls geringfügige Geländegewinne, jedenfalls keine wesentliche Veränderung der Kampfplage erreicht würden. Stattdessen würden sie ihm nahelegen, dass die Opferzahlen ins Unermessliche wachsen und die russische Wirtschaft sowie die internationale Reputation Russlands noch mehr leiden würden. Deshalb sei es viel ratsamer, den jetzt vorherrschenden Zustand in Verhandlungen festzuschreiben, weil es nicht mehr besser würde.

Meine Damen und Herren, jetzt können Sie sich selber Gedanken machen, ob Sie vor dem Hintergrund der aktuellen Berichterstattung zum Ukrainekrieg irgendeine realistische Chance für ein derartiges Szenario erkennen können. Die meisten meiner Kollegen und Fachleute, mit denen ich mich dieser Tage austausche, meinen, dass wir derzeit noch nicht an diesem Punkt sind. Daher gibt es aus meiner Sicht nur eine einzige Methode, mit der wir aus dem Westen

möglicherweise einen Beitrag dazu leisten können, dass diese Einsicht im Kopf von Vladimir Putin wächst. Ich spreche von der fortgesetzten, engagierten und vielleicht noch intensiveren Unterstützung der ukrainischen Versuche, möglichst viel von dem durch Russland besetzten Territorium wieder zu befreien.

Hierzu werde ich oft gefragt: „Ja, und was ist mit Selenskyj?“ Da muss ich Ihnen sagen, mache ich mir vergleichsweise weniger Kopfzerbrechen. Denn wenn wir und insbesondere die USA den Eindruck hätten, dass Putin sich dieser Einsicht nähert, dann wäre es im Bereich des politisch vorstellbaren, dass Joe Biden ein vertrauensvolles Gespräch mit Präsident Selenskyj führt und ihm zu Verhandlungen rät. Er sollte ihm dann versichern, dass die Ukraine, wie auch immer die Verhandlungen am Ende ausgehen sollten, wie ein NATO-Mitglied auf die Unterstützung der USA und seiner Verbündeten zählen könne. Dass es die Sicherheit bekäme, die das Land benötigte, inklusive Zugang zur EU. Wir sind hiervon, wie gesagt, noch weit entfernt, jedoch ist dies ein denkbare Szenario. Über die mögliche Verhandlungsbereitschaft seitens der Ukraine mache ich mir vor diesem Hintergrund keine allzu großen Sorgen.

Einen weiteren wichtigen Punkt möchte ich nicht unerwähnt lassen. Bei fast all meinen Redeauftritten werde ich immer wieder gefragt: „Hat Putin nicht doch einen Punkt? War Putin und dessen Vorgänger vor der deutschen Wiedervereinigung nicht etwas ganz anderes versprochen worden, nämlich die Nicht-Erweiterung der NATO nach Osten?“ Ich könnte hierzu stundenlang vor Ihnen referieren, möchte Ihnen aber lediglich *eine* wichtige Botschaft mit auf den Weg geben.

Ich war in der Periode 1989/90 selbst ein enger Mitarbeiter des damaligen deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher und konnte viel miterleben, wer damals was zu wem gesagt hat und wem was versprochen worden ist. Damals wurden alle möglichen Szenarien durchdekliniert. Tatsächlich gab es auch Leute auf der deutschen Seite, die sagten „wenn der Preis für die Wiedervereinigung sein sollte, dass wir unsere volle NATO-Mitgliedschaft zur Disposition stellen müssen, dann sollten wir das nicht carrément zurückweisen.“ Diese Überlegungen sind dann jedoch, wie Sie wissen, schnell vom Tisch gewischt worden und es kam am 3. Oktober 1990 zur Deutschen Wiedervereinigung, einschließlich 2+4 Vertrag und zur vollen NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands.

Nichtsdestotrotz hält sich bis heute hartnäckig die Behauptung und der Verdacht, dass den armen Russen etwas ganz anderes versprochen worden war. Das, meine Damen und Herren, ist in meinen Augen der größte Desinformationserfolg, den man sich für die russische Außenpolitik überhaupt vorstellen kann. Hierzu möchte ich Sie aus eigener Erfahrung noch auf folgendes hinweisen: Egal was von oder mit Hans-Dietrich Genscher oder seinem amerikanischen Amtskollegen James Baker 1989/90 mit den damaligen sowjetischen Kollegen besprochen worden sein mag, Fakt ist, nichts dergleichen ist jemals von irgendeiner Seite zu Papier gebracht worden. Der 2+4 Vertrag, der sehr sorgfältig mit der Sowjetunion ausgearbeitet worden ist, enthält dazu nicht ein einziges Wort. Noch wichtiger aber ist, dass sieben Jahre später, nämlich im Jahre 1997, am Ende monatelanger Verhandlungen, an denen ich selber teilgenommen habe, die NATO-Russland-Grundakte stand.

Es handelt sich hierbei um ein offizielles diplomatisches Dokument, das von der Russischen Föderation mitausgehandelt, akzeptiert und umgesetzt wurde. In dieser NATO-Russland-Grundakte akzeptiert die Russische Föderation explizit die NATO-Erweiterung. Die Gegenleistung, zu der wir uns damals durchgerungen haben, bestand unter anderem in der Schaffung eines NATO-Russland-Konsultationsgremiums und dem Verzicht der Stationierung größerer NATO-Kampfverbände in den künftigen neuen NATO-Mitgliedstaaten, wie beispielsweise Polen. Außerdem, und das ist der allerwichtigste Punkt: Rücksichtnahme auf

russische Interessen, indem festgelegt wurde, dass keine nuklearen Waffen in einem der möglichen künftigen NATO-Staaten disloziert würden. Die Russische Föderation hat durch diese völkerrechtliche Vereinbarung eindeutig die NATO-Erweiterung mit diesen westlichen Selbstbeschränkungen akzeptiert. Deshalb ist das, was wir heute erleben und was immer wieder behauptet wird vom vermeintlichen Betrug der NATO gegenüber Russland, schlicht und einfach falsch. Russland hat die NATO-Erweiterung mit uns zusammen ausgehandelt und akzeptiert mit der entsprechenden Gegenleistung, zu der wir damals bereit waren.

Meine Damen und Herren, zum Schluss komme ich zurück zu der Frage, wie die Aussichten für eine Verhandlungslösung im Ukraine Konflikt stehen. Ich rate hier eher zu Vorsicht. Man lernt in der Außenpolitik, vom worst case auszugehen und dieser lautet in der aktuellen Lage, dass wir uns leider noch auf lange und blutige Kämpfe in der Ukraine einstellen müssen. Ich bin fest davon überzeugt, dass man im Kreml, wenn überhaupt in den kommenden Monaten, erst dann zu ernsthaften Verhandlungen mit der Ukraine bereit ist, wenn das Ergebnis der US-Präsidentenwahlen im kommenden Jahr feststeht. Mit anderen Worten, wir benötigen einen langen Atem, da man in Moskau sehr präzise registrieren wird, ob wir langsam die Flügel hängen lassen oder nicht. Und wenn wir die Flügel hängen lassen, dann sind wir am Ende selbst schuld, wenn das Resultat uns, die Bundesrepublik Deutschland, zwingen würde, unseren Verteidigungsbeitrag nicht nur auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu heben, sondern auf drei oder vier Prozent. Dann, meine Damen und Herren, wird es ernst. Dann wird der Konflikt mit Russland auch ganz unmittelbar zu einer Frage der deutschen und europäischen Sicherheit. Deshalb sind wir in meinen Augen gut beraten, wenn wir das Nötige jetzt tun.